

**Dernburg für den Verständigungsfrieden.**

— Frankfurt, 13. Jan.

In derselben Stelle, an der vor vier Wochen die Vaterlandspartei den Grafen Bothmer gegen einen „Verzicht- und Hungerfrieden“ sprechen ließ, stand heute Staatssekretär a. D. Dernburg, um einem Verständigungsfrieden das Wort zu reden und die für Deutschland gefährlichen Ziele der Vaterlandspartei aufzudecken. In der Versammlung der Vaterlandspartei waren viele Gegner; trotzdem war der Saal von „Groß-Frankfurt“ nicht vollständig gefüllt. Eine Abstimmung über die Meinung der Versammlung unterließ man. Heute aber war der Saal überfüllt, und viele fanden keinen Platz mehr. Die vorgeschlagene Entschließung wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Prof. Heinrich Röbner eröffnete die Versammlung im Namen des Frankfurter „Freien Bürgerausschusses“, der dasselbe Ziel verfolgt wie der kürzlich in Berlin gegründete „Bund für Freiheit und Vaterland“.

**Staatssekretär Dernburg**

wies darauf hin, daß mehr als zehn Jahre vergangen seien, seit er das letzte Mal in Frankfurt gesprochen habe. Es war 1907, als es galt, die deutsche Kolonialfreude neu zu beleben, ein Werk, das gute Früchte getragen habe. Besonders freue es ihn, so sagte der Redner, daß die Gegner von damals heute mit uns zusammen marschieren. Der Redner gab dann einen Ueberblick über die innerpolitische Entwicklung Deutschlands, die unter der Einwirkung einer stark vorangeschrittenen Demokratisierung und Politisierung des deutschen Volkes zu einer stärkeren Beeinflussung der Regierung durch den Reichstag führte. Graf Hertling hält enge Fühlung mit den Parteien. Durch die Zustimmung der Krone zu dem Verlangen der Reichsparteien des Reichstags, daß der zu berufende neue Kanzler sich vor seiner Ernennung mit den Parteien über sein Programm ins Einvernehmen setzen, ist ein Präjudizfall geschaffen worden, der auch für die Zukunft seine Bedeutung haben wird. Die veränderten politischen Verhältnisse haben auf die Parteigestaltung eingewirkt, neue Bünde sind entstanden, die ihren Einfluß geltend machen wollen. So suchen die Vaterlandspartei und die hinter ihr stehenden Konservativen und Alldeutschen Einfluß auf die Gestaltung des Friedens zu gewinnen. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Das Volk muß über die Gestaltung seiner ganzen Zukunft gehört werden. Das ist auch der Wille der Krone und Regierung. Nun stehen wir aber bereits mitten in den Friedensverhandlungen nicht nur in Brest-Litowsk. Die Reichstagsresolution und die Neben der Staatsmänner, auch die Lloyd Georges und Wilsons sind nichts anderes als Formulierungen von Friedensbedingungen. Daß diese für uns nicht annehmbar sind und daß Lloyd Georges Doppelzüngigkeit jedes Vertrauen ausschließt, ändert an der Tatsache der Verhandlungen nichts. Lloyd George schlägt uns einen Verständigungsfrieden auf einseitig britischer und deshalb unannehmbarer Basis vor, der uns den Verrat unserer Freunde zumutet. Wilson, der immer noch an der von ihm konstruierten Idee von der Unfreiheit und Vertragsanfänglichkeit des deutschen Volkes festhält, hat doch unter dem Eindruck der deutschen Erklärungen in Brest-Litowsk eine Schwelung machen müssen. In Frankreich wußte sich Clemenceau nicht anders zu helfen, als daß er die Verständigungspolitik wie Caillaux unter Anklage stellen ließ. In Rußland hat endlich die Revolution die Friedensfreunde aus Rußland gebracht. Wie bei unseren Gegnern mußte auch bei uns schließlich der Purjus-Verdacht aufkommen. Das war nötig. Verderblich ist es aber, wenn Organisationen zur Färbung der öffentlichen Meinung durch falsche Färbungen, persönliche Kampfbeweise, Gerabsetzung Andersdenkender, behördlichen Druck die gewünschte Wirkung zu erzielen und sich unter der hehren Bezeichnung „vaterländischer Interessen“, mehr oder minder bemüht in den Dienst einzelner Klassen und Erwerbsstände stellen, die für die großen Subventionen, die sie geben, eine einseitige Interessenvertretung fordern. Das trifft auf die Vaterlandspartei zu, und man muß diese Feststellungen machen um zu verhindern daß wohlwollende Leglose mißbraucht werden. Die Vaterlandspartei ist entstanden im Kampf gegen die Erklärung der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917, die auch heute noch den Eckstein der deutschen offiziellen Politik bildet. Ihre Forderungen sind die „unseres Friedens“ sie sind der Ausdruck des Willens der Mehrheit des vom deutschen Volk gewählten Reichstags. Diese Erklärung ist von damaliger Reichskanzler Michaelis angenommen worden, was auch nicht ohne einen gewissen kleinen Schnörkel, der ihm später das offizielle Leben gekostet hat, sie ist in der deutschen Antwortnote an den Papst als Richtlinie der deutschen Politik bezeichnet und vom jetzigen Reichskanzler ausdrücklich angenommen worden und muß die Richtlinie für den Frieden bleiben. Die Vaterlandspartei ist begründet unter der geistigen Führung eines Soldaten und eines konservativen Politikers, und das militärische Element ist auch sonst sehr stark in ihr vertreten. Und dieselben Männer, die stets das Prinzip der Autorität und der Disziplin in den Vordergrund stellen, haben einen Kampf aufgenommen, der sich gegen alle Autorität richtet. Wer der Vaterlandspartei nicht angehört, wird als vaterlandsfeindlich verdächtigt. Die Leitung der Vaterlandspartei aber liegt in den Händen reaktionärer Gewaltpolitiker, und der Einzelne hat in ihr nichts zu sagen. Wer sich ihr aber anschließt, fördert die Reaktion. Die Vaterlandspartei vertritt den bequemsten Standpunkt zu fordern, ohne den Beweis für die Durchführbarkeit ihrer Forderungen zu bringen. Die Enttäuschungen, die wie jeder Friede auch der diesem Krieg folgende Friede bringen wird, werden natürlich die Vaterlandsparteiler dem schlechtesten Frieden zuschreiben. Genau so wie Herr von Oldenburg-Januschau meinte: „Wenn wir das Reichstagswahlrecht in Preußen bekommen, haben wir den Krieg verloren.“ So soll die Vaterlandspartei auch zu einer Kampfmaschine gegen den inneren Fortschritt werden. Ungemein bedenklich ist der Versuch der Vaterlandspartei, die Oberste Heeresleitung für sich in Anspruch zu nehmen. Die „Deutsche Tageszeitung“ verlangt nach einem Hord und die „Deutsche Zeitung“ kündigt das Abschiedsgesuch des Generals Ludendorff an. Aber der General ist zu groß und zu klug, um seine berechnete Popularität durch das Eintreten für eine Parteirichtung schwer zu gefährden. Er weiß, daß der Erfolg seiner Arbeit davon abhängt, daß er das ganze Volk hinter sich behält, und er wird die Früchte des Feldzuges nicht gefährden wollen. Ein General darf im Krieg ebenso wenig kündigt, wie der gewöhnliche Landsturmmann. So ist das Wesen der Vaterlandspartei nicht vereinbar mit den hohen Verantwortlichkeitsgefühlen, die in dieser Stunde jeden Deutschen durchdringen muß.

Im Osten und in Italien haben wir wohl die Macht des Feindes gebrochen, im Westen aber haben wir unsere Gegner noch nicht so besiegt, daß wir sie zu einem baldigen Frieden zwingen und ihnen diesen diktieren könnten. Gewiß ist auch Lloyd Georges Friede ebenso ein Nachfriede wie der Treppefriede. Millionen von Menschenopfern und Milliarden an Volkvermögen hat der Krieg gekostet und Jammer und Elend fast in jedes Haus Europas getragen. Geht der Krieg weiter, so wird er zur völligen Erschöpfung Europas führen. In Brest-Litowsk können wir den Beweis für die Vertrauenswürdigkeit des deutschen Volkes erbringen und die Friedenswilligkeit in der Welt fördern. Das Verlangen vom Hungerfrieden hat den Krieg verlängert; dasselbe geschieht durch die Verweigerung des Reichstagswahlrechts für Preußen. Man kann wohl einem Lande einen Frieden aufzwingen, aber es nicht dazu nötigen, dann Geschäfte mit uns zu machen. Werden wir aber in der Weltwirtschaft auf die Seite geschoben, dann kommt in Wahrheit der Hungerfriede für uns. Der Redner begründete dann die Notwendigkeit, einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abzuschließen. Der Abschluß eines deutschen Gewaltfriedens hätte das ewige Bündnis Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten zur Folge. Besser als Eroberungen ist die Wiederkehr des Wortes „austausch“, und alle Kriegsentschädigungen würden durch die Hinauszögerung des Krieges von vornherein aufgegeben. Nach dürfen wir allerdings die Waffen nicht aus der Hand legen und müssen den Kampf für unser Dasein weiter führen, bis unser Vaterland gesichert ist. In diesem aber müssen jedem dieselben Rechte und Pflichten zustehen. Wir wollen ein einiges Volk von Brüdern sein auf der Basis von Ehre und Ordnung, Gerechtigkeit und Humanität. (Lebhafter Beifall.)

Im Anschluß an die Ausführungen Dernburgs wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Versammlung ist überzeugt, daß ein dauernder Friede, der die deutschen Lebens- und Weltinteressen wahrhaft sichert, nur möglich ist auf dem Boden einer gerechten Verständigungspolitik im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917, sowie durch Ausbau und Schaffung internationaler Rechtsbeziehungen, welche die wirtschaftliche Freiheit aller Völker, die Freiheit der Meere und die Einhegung der unendlichen Werte verfallenden Rüstungen zu Wasser und zu Lande gewährleisten. Die Versammlung weist alle Vergewaltigungsbahnen auf feindlicher Seite entschlossen zurück. Eben-

so bestimmt erwartet, sie aber auch von der Reichsregierung, daß sie mit klarer Entschiedenheit alle Vergewaltigungsbahnen einzelner Gruppen der uns erdrückend von sich weicht. Sie erwartet insbesondere, daß die Reichsregierung keinen Zweifel darüber läßt, daß sie noch wie vor an den Grundsätzen des Reichstagsfriedens festhält, zu deren sie sich zuletzt in der Antwort auf die Papinote bekannt hat. Von den gegenwärtigen Friedensverhandlungen im Osten erhofft die Versammlung einen Friedensschluß, der unter maßgebender Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Gefahren neuer Konflikte ausschließt.